

16.01.2007

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gewalt an Schulen wirkungsvoll entgegentreten

I. Das Thema Gewalt an Schulen nicht tabuisieren

In den vergangenen Monaten hat die Berichterstattung in den Medien über Gewalt in Schulen stark zugenommen. Die aktuelle Gewalttat an der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten beschäftigt nicht nur die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Fraktionen. Schockierende Ereignisse wie der Amoklauf am Erfurter Johann-Gutenberg-Gymnasium vor drei Jahren oder die Misshandlungen von Schülern in Hildesheim und Hannover durch ihre Mitschüler haben den Blick der Öffentlichkeit auf das Versagen des sozialen Miteinanders in den Schulen gelenkt. Gewalt und auch schulische Gewalt sind komplexe Themen. In unseren Schulen spiegeln sich gesamtgesellschaftlichen Realitäten. Insofern kann die Schule nicht der Ort sein, in dem Lösungen für das Gewaltproblem unserer Gesellschaft geboten werden. Die Schule als zentraler Lebensort von Kindern und Jugendlichen, der nicht nur ein anregungsreicher Lern-, sondern auch ein Lebensort für die Kinder und Jugendlichen sein muss, kann aber ein wichtiger Ansatzpunkt sein, Gewaltprävention zu leisten und darf vor allem gewalttätiges Verhalten nicht befördern.

Studien über gewalttätige Jugendliche belegen innerhalb und außerhalb der Schule keinen nennenswerten quantitativen Anstieg gewalttätigen und kriminellen Verhaltens. Lehrerbefragungen haben ergeben, dass zwar das Stören im Unterricht, nicht aber direkt gewalttätiges Verhalten an den Schulen zugenommen hat. Verändert hat sich aber vielerorts die "Qualität" der Gewalt: Rempelen auf dem Schulhof enden häufiger in Körperverletzungen; die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Messern und anderen Waffen tritt häufiger auf. Gewalt zwischen Schülerinnen und Schülern ist nicht auf den Ort "Schule" begrenzt, sondern spielt sich beispielsweise auf dem Schulweg oder in der außerschulischen Freizeit ab und damit in Situationen, auf die auch Lehrerinnen und Lehrer nicht direkt Einfluss nehmen können. Die subjektiv empfundene Bedrohung durch Gewalt hat sowohl bei den Schülerinnen und Schülern als auch bei den Lehrkräften fraglos zugenommen. Die Auswirkungen dieser Bedrohung auf das Schulleben müssen sehr ernst genommen werden; das Thema Gewalt an Schulen darf weder bagatellisiert noch tabuisiert werden.

Datum des Originals: 16.01.2007/Ausgegeben: 16.01.2007

II. Von Gewalt betroffene Schulen brauchen Unterstützung

Schulen werden zwar stets aufgefordert, sich der Gewaltproblematik offen und konstruktiv zu stellen, geschieht dies aber tatsächlich, dann muss die betroffene Schule um ihren guten Ruf und häufig auch um die Anmeldung neuer Schülerinnen und Schüler fürchten. Verständlicherweise reagieren Eltern bei Gewaltproblemen an einer Schule damit, für ihre Kinder eine andere Schule auszuwählen. Dieses Verhalten bestärkt allerdings eine negative Spirale, die es der betroffenen Schule zunehmend erschwert, das Gewaltproblem in den Griff zu bekommen. Es ist daher von zentraler Bedeutung, betroffenen Schulen den Rücken zu stärken und jede Unterstützung zukommen zu lassen. Hierzu muss man hinsichtlich der personellen Ausstattung Ungleiches ungleich behandeln und betroffenen Schulen umgehend zusätzliche Ressourcen zuweisen sowie die Möglichkeit eröffnen, andere Professionen - wie Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder Schulpsychologinnen und -psychologen - in die aktuellen Schulentwicklungsmaßnahmen einzubeziehen.

Die Aufgaben von Schule haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt und ausgeweitet. Schulen sind nicht mehr nur Orte, an denen bis mittags unterrichtet wird. Schulen sehen sich mit der Aufgabe konfrontiert, mit den Auswirkungen gesellschaftlicher Probleme umzugehen und gegenzusteuern, die ihrerseits auch Ursache und Ausgangspunkt gewalttätigen Verhaltens sind. Dazu gehören zum Beispiel: Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher angesichts fehlender Ausbildungsplätze, Nichtwahrnehmung der Erziehungsverantwortung seitens mancher Eltern, Drogenabhängigkeit und negative Einflüsse durch unkontrollierten Medienkonsum. Für diese Aufgaben müssen unsere Schulen vorbereitet und mit entsprechenden personellen Ressourcen ausgestattet werden. Dies bedeutet unter anderem, dass Lehrerinnen und Lehrer schon im Rahmen ihrer Ausbildung qualifiziert werden müssen, Ursachen von Gewalt zu erkennen und gewaltpräventiv tätig sein zu können. Schulen muss verstärkt die Möglichkeit eröffnet werden, multiprofessionelles Personal zu beschäftigen, um den neuen Anforderungen an Schule gerecht werden zu können. Der Einsatz von Sozialpädagoginnen und -pädagogen muss an allen Schulen zur Selbstverständlichkeit werden. In Nordrhein-Westfalen gibt es zudem viel zu wenige Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Hier müssen Land und Kommunen zusammenwirken und endlich handeln, um eine flächendeckende Versorgung aller Schulen zu gewährleisten und die langen Wartezeiten, die heute beim kommunalen schulpsychologischen Dienst bestehen, abzubauen. Gemeinsam mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die Seelsorge auszubauen und im schulischen Alltag stärker zu verankern.

Mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Verknüpfung von Schule und Jugendhilfe in deren Rahmen ist die begründete Hoffnung verbunden, den Schulen mehr Zeit zur Erziehung und neue Möglichkeiten der Ansprache auch schwieriger Kinder und Jugendlicher einzuräumen. Die mit der offenen Ganztagschule intendierte Öffnung der Schulen in ihren Stadtteil ermöglicht neue Wege der Gewaltprävention, denn Gewalt als gesellschaftliches Problem können die Schulen nicht alleine bewältigen. Der Ausbau der Ganztagschule auch an allen Schulformen der Sekundarstufe I ist eine drängende Herausforderung für die Landespolitik. Hierzu muss ein Ausbauplan erarbeitet werden, der im nächsten Jahrzehnt alle nordrhein-westfälischen weiterführenden Schulen umfasst. Wie auch für die Grundschulen gilt, dass die Jugendhilfe eng mit den Schulen kooperieren und abgestimmte Maßnahmen niedrigschwellig in den Schulen vorhalten muss.

III. Institutionelle Gewalt in den Schulen erkennen und vermeiden

Die Institution Schule selbst erzeugt vielfach Druck, der aggressives Verhalten fördert. Erlebte Beschämung und Demotivierung im Unterricht, der Konkurrenzkampf um gute Noten, die Angst vor Nichtversetzung und der Leistungsdruck können sich negativ auf das Lernklima und auch das soziale Klima in den Klassen auswirken. Auch die von vielen Jugendlichen wahrgenommene Perspektivlosigkeit und das Gefühl, sich für die eigenen Zukunftsperspektiven kaum Hoffnungen machen zu können, sind hier relevant. Die unterschiedlichen Schulformen im gegliederten Schulsystem werden ausdrücklich als Formen höherer und niedrigerer Bildung definiert. Sie sind hierarchisch geordnet und mit Wertigkeiten verbunden, die Jugendliche auf sich beziehen müssen. Die Selektion nach der Grundschule und das Abschulen in eine niedrigere Schulform lösen Minderwertigkeitsgefühle aus oder bestärken sie und sie demütigen und demotivieren Kinder und Jugendliche. Nach dem gültigen Schulgesetz soll z. B. durch Prognoseunterricht ausdrücklich die Nichteignung von Kindern im Alter von 8-9 Jahren für Lernerfolge festgestellt werden. Mechanismen wie Klassenwiederholungen, in der Klasse blamiert werden, unsinniger Notendruck, aber auch Desinteresse seitens mancher Lehrerinnen und Lehrer für die Probleme und Nöte der Jugendlichen befördern ein Gefühl der Demütigung und Frustration, das Gewaltbereitschaft erheblich steigert. Erlebte Ausgrenzung durch Gleichaltrige und fehlende Anerkennung wirken sich ebenso aus.

Der Schulpädagoge und Kindertherapeut Kurt Singer thematisiert die durch Schule verursachten vielfältigen Kränkungen, Beschämungen und Demütigungen und daraus resultierende psychosomatische Belastungen der Schülerinnen und Schüler.

Nicht zu unterschätzen ist dabei auch der Zusammenhang, dass psychisch belastete und ausgebrannte Lehrkräfte zur Belastung von Schülerinnen und Schülern werden können.

Bildungspolitische Maßnahmen müssen den zentralen Aspekt der strukturellen Gewalt an Schulen mit im Blick haben. Ausgrenzung und Aussortieren und das Gefühl der Demütigung hervorrufende Verfahren, Unterricht, der blamiert und beschämt, all das führt nicht zu besseren Leistungen, sondern steigert das Aggressionspotential an Schulen und gehört daher nicht zur zukunftstauglichen Pädagogik.

Die Studie "Gewalt an Schulen" der Universität Bielefeld kommt zu dem Ergebnis, dass Lernkultur und Sozialklima wesentliche Faktoren hinsichtlich der Prävention von Gewalt an Schulen sind. So haben ein förderndes Lehrerengagement, der Lebensweltbezug der Lerninhalte und ein schüler-orientierter Unterricht einen Gewalt mindernden Einfluss. Gewalt verstärkend wirkt Desintegration - dazu gehört auch die Einschätzung seitens der Schülerinnen und Schüler, von Etikettierungen (bspw. über die besuchte Schulform, über Kleidung oder die Ausstattung mit MP3-Spielern oder anderen technischen Geräten, wegen eines seitens der Lehrkräfte transportierten "Image" als Klassenclown oder Dauerstörer) betroffen zu sein. Auch die Rolle der Peer Group, in der sich Jugendliche aufhalten und akzeptiert fühlen, muss in der schulischen Gewaltprävention Beachtung finden. Von besonderer Bedeutung ist, dass Schülerinnen und Schüler selbst im Unterricht und in ihren außerunterrichtlichen Aktivitäten Kenntnis über den Ursprung von Gewalt erhalten, den Umgang damit reflektieren und in der Wahrnehmung sensibilisiert werden. In diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung aller am Schulleben Beteiligten mit diesem Thema von höchster Bedeutung.

IV. Geschlechtersensible Gewaltprävention leisten

Gewalt an Schulen hat viele Facetten. Psychische Gewalt tritt in den einzelnen Schulformen in unterschiedlichem Umfang und Ausmaß auf: Wissenschaftlichen Studien zufolge sind Schulen für Lernbehinderte sowie Haupt- und Realschulen am stärksten belastet. Dies ist auch ein Indikator für den Zusammenhang von Lernproblemen und schwierigen Zukunftsaussichten. Jugendlichen Perspektiven zu geben - wie durch die Sicherstellung eines Ausbildungsplatzes - ist damit eine entscheidende Maßnahme zur Prävention von Gewalt. Es geht aber generell nicht um ein Schulformproblem. Es gibt nicht nur erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Schulen einer Schulform, sondern vielmehr und entscheidender zwischen einzelnen Klassen. Auch der Aspekt der unterschiedlichen Ausformung von Gewalt bei Jungen und Mädchen ist entscheidend: Jungen neigen eher zu physischer Gewalt als Mädchen, auch wenn eine Zunahme der Gewaltbereitschaft der Mädchen in den letzten Jahren zu verzeichnen ist. Studien belegen, dass Jungen die Gewalt eher billigen, mehr Gewalt beobachten und eher Gewalthandlungen ausüben, sie sind auch häufiger Opfer von Gewalt. Gewalt in verbaler Form ist dagegen bei Mädchen häufiger zu beobachten. Sexualisierte Gewalt ist im Umgang zwischen Mädchen und Jungen und auch unter Jungen ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Konzepte zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt müssen diesem geschlechterspezifischen Verhalten Rechnung tragen.

V. Gewaltprävention ausbauen

Viele Schulen stellen sich schon heute offensiv dem Gewaltproblem in ihrem Alltag. In vielen Schulprogrammen sind das friedliche Miteinander und die Prävention von Gewalt als ein wesentlicher Anspruch des Schullebens formuliert. Schülerinnen und Schüler haben Verantwortung für ein friedliches Miteinander in der Schule übernommen. Streitschlichterprogramme erfreuen sich großer Beliebtheit und sind nicht zuletzt aufgrund ihres partizipativen Charakters besonders effektiv. Auch im Rahmen lokaler Bündnisse für Erziehung und der konstruktiven Konfliktbearbeitung haben sich in enger Kooperation mit den Eltern Modellprojekte entwickelt, die zu einem merklichen Rückgang gewalttätigen Verhaltens und größerem Sicherheitsgefühl in den Schulen geführt haben. Die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten aus den Kommissariaten Vorbeugung ist hier besonders hervorzuheben. Es ist wichtig, dass weiterhin eine intensive Präventionsarbeit an den Schulen geleistet wird. Dabei sollen mit der Beratung und Unterstützung über Möglichkeiten des Schutzes vor Straftaten an die Lehrerinnen und Lehrer erreicht werden, dass diese als wichtige MultiplikatorInnen ihr Wissen an die Eltern, Schülerinnen und Schüler weitergeben. Wie bisher soll die Polizei aber auch im Rahmen von Projekten die Schülerinnen und Schüler unmittelbar informieren. Schülerinnen und Schüler sollen auch zukünftig im direkten Kontakt mit Polizistinnen und Polizisten in der Schule stehen. Diese Arbeit muss unterstützt und ausgeweitet werden. Ein spezielles geschlechtersensibles Programm zur Gewaltprävention (Selbstbehauptung für Mädchen, Konfliktbewältigung für Jungen) wurde bis 2003 angeboten, um Schulen zu motivieren, auf deren Basis Konzepte selbstständig fortzuführen. Diese positiven Ansätze müssen seitens der Landesregierung aufgegriffen und weiterentwickelt werden, damit allen Schulen effektive Hilfestellung gewährt wird.

VI. Medienerziehung und Medienkompetenzen stärken

Der Einfluss so genannter "Killer-Spiele" und anderer brutaler Darstellungen in Medien aller Art auf das Verhalten von Jugendlichen ist umstritten. Das simple Verbot bestimmter Spiele und bestimmter Medien ist keine Lösung. Im Internetzeitalter ist der Zugriff auf "Killer-Spiele", Gewaltdarstellungen etc. auch technisch nicht zu unterbinden.

Auch die von Jugendlichen immer häufiger verwendeten Foto- und Video-Handys sind vermehrt in die Kritik geraten. Gewaltvideos werden in den Pausen auf dem Schulhof bei "Kämpfen" zwischen Jugendlichen aufgenommen und anschließend weiter verbreitet. Ein Verbot von Handys an Schulen wäre aber nicht die Lösung. Solche Videos können auch auf dem Schulweg und in der Freizeit entstehen und via Handy oder Computer problemlos untereinander ausgetauscht werden.

Neben so genannten "Killer-Spielen" werden in der derzeitigen öffentlichen Debatte Gewaltvideos, Filme im Fernsehen oder im Kino vernachlässigt. Aber auch hier nützen kein Verbot, keine vorschnelle Anpassung der freiwilligen Alterskontrolle (FSK) und auch keine Verschärfung der gesetzlichen Regelungen. Kinder oder Jugendliche, die einen Film sehen wollen, schaffen sich, etwa durch Internetaustauschbörsen oder Downloadbörsen, auch die Möglichkeit dazu.

Ein Verbot wäre nur eine Scheinlösung. Für eine nachhaltige Lösung kommt der Medienerziehung schon vom Kindergartenalter an eine besondere und entscheidende Bedeutung zu, denn die Mediennutzung von Kindern ist schon im jungen Alter enorm hoch: Im Jahr 2005 lag die tägliche Fernsehdauer bei Kindern zwischen drei und 13 Jahren bei gut eineinhalb Stunden.

Angesichts solcher Zahlen, die sich bei bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen noch dramatischer darstellen, muss die Medienerziehung zu einem durchgängigen Bestandteil in der frühkindlichen und schulischen Bildung werden. Dazu muss in der Ausbildung sowohl von Erzieherinnen und Erziehern, als auch von Lehrkräften fachübergreifend der Umgang mit Medien und medienpädagogischen Konzepten verbindlich verankert werden. Nur so kann dem entgegen getreten werden, dass Kinder gerade in einem Bereich, dem sie so viel ihrer Zeit widmen, und in dem Gewalt und Gewaltdarstellung immer häufiger werden, nicht alleine gelassen werden. Angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung der neuen wie alten Medien ist diese verbindliche Verankerung längst überfällig. Vor allem Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten, in deren Familien keine oder nicht ausreichende Medienkompetenzen vermittelt werden, müssen in den Schulen eine intensive medienpädagogische Förderung erfahren.

VI. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- allen Demotivierung, Beschämung und Demütigung auslösenden Faktoren in den Schulen konsequent entgegenzuwirken,
- den Opfern von Gewalt an den Schulen jede notwendige Unterstützung zukommen zu lassen,
- den Ausbau von Streitschlichterprogrammen durch Fortbildungsmaßnahmen und die Verbreitung von best-practice-Modellen zu unterstützen;
- zusätzliche Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen für die Schulen in Nordrhein-Westfalen zu schaffen;
- gemeinsam mit den Kommunen ein Unterstützungs- und Beratungssystem für Schulen aufzubauen;
- zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in einem Umfang zu schaffen, der ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot in Nordrhein-Westfalen gewährleistet;
- die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer hinsichtlich der Ursachen und Bekämpfung von Gewalt im Rahmen ihrer Ausbildung und in der Fortbildung zu verankern;
- Medienerziehung verbindlich und verpflichtend in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie der Lehrkräfte zu verankern,

- Konzepte zu entwickeln, wie im Unterricht und im Rahmen der Ganztagsangebote den Schülerinnen und Schüler Gewaltprävention und Konfliktlösungsstrategien vermittelt werden können,
- einen Bericht zu den Ergebnissen der geschlechtersensiblen Gewaltprävention (Förderung von Maßnahmen 'Sexualaufklärung und Prävention), einschließlich Erfahrungs- und Ergebnisberichte aus den Schulen, an denen das Programm über die Projekte hinaus weitergeführt wurde, vorzulegen,
- ein Modell im Sinne einer "Anlaufstelle Gewalt an Schulen" auf der Ebene der Schulaufsicht zu entwickeln, die örtliche Aktivitäten von Schulen und seitens der Jugendhilfe koordiniert und als Schlichtungsstelle für Konflikte in Schulen dient,
- die derzeitigen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt in den Schulen zu evaluieren mit dem Ziel, auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Evaluation ein landesweites Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Gewalt an Schulen zu initiieren.
- gemeinsam mit den Schulen Konzepte zur Sensibilisierung von der Eltern bezogen auf Gewalt an der Schule und deren Stärkung im Umgang mit diesem Thema zu entwickeln und umzusetzen.

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Sigrid Beer
Monika Düker
Andrea Asch

und Fraktion